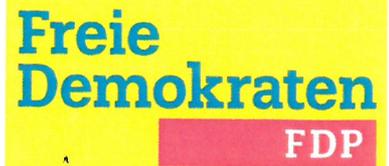


**FDP-Kreistagsfraktion  
-Bodenseekreis-**

**Manuskript für die Kreistagssitzung am 20.12.2017**

**zur Haushaltsberatung**



Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

**Fraktionsvorsitzender**  
Dr. Hans-Peter Wetzel  
Hofstatt 8  
88662 Überlingen  
☎ 07551 95350  
✉ [wetzel@rawetzel.de](mailto:wetzel@rawetzel.de)

- Als ich die ersten Zahlen über den Kreishaushalt 2018 gelesen und in Ihrer Haushaltsrede gehört habe, war ich doch sehr verwundert!
- Die Wirtschaft brummt !
- In Bund und Land lesen wir, dass die Haushalte ausgeglichen sind, dass die **Steuereinnahmen** steigen in ungeahnte Höhen und dadurch Staatsverbindlichkeiten zurückgeführt werden können.

Und hier im Bodenseekreis? – Das Gegenteil!!!

Der Entwurf weist eine Beitragslücke von insgesamt 2,9 Mio. Euro aus,

- obwohl der Kreis 2018 3,8 Mio Euro mehr in der Kasse hat aufgrund höherer staatlicher Zuwendungen
- und
- die Zuweisung nach dem Verwaltungsreformgesetz um 1,5 Mio. erhöht wurden

- durch zusätzlich gestiegene Steuerkraftsummen der Gemeinden kann der Kreis zusätzlich 7,4 Mio. Euro in der Kasse verbuchen
  
- In der Summe kann der Kreis demzufolge 12,7 Mio zusätzliche Einnahmen verbuchen.
  
- Die Gründe für die höheren Ausgaben liegen – wie fast immer – im sozialen Bereich.
  
- Erheblicher Mehraufwand entsteht durch das geänderte **Unterhaltsvorschussgesetz**.

Kinder, deren unterhaltspflichtige Eltern keinen Kindesunterhalt zahlen, erhalten jetzt Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr – bisher bis zum 12. Lebensjahr.

Das ist eine ganz bequeme Finanzquelle für den unterhaltsberechtigten Elternteil, denn dieser muss sich nicht mit dem unterhaltspflichtigen Elternteil auseinandersetzen und vor den Gerichten herumstreiten.

Er kann zum Staat gehen und sich den Unterhaltsvorschuss auszahlen lassen.

Dies ist m. E. ein eklatanter Verstoß gegen das **Konexitätsprinzip**.

Auch für den Bund muss der Grundsatz gelten: **wer bestellt, zahlt!**

- Das Land hat dieses Prinzip gesetzlich seit 2009 geregelt und eingeführt.

Wie wie Ihrer Haushaltsrede – Herr Landrat – entnehmen konnten, hält sich das Land teilweise ebenfalls nicht an diese Gesetzesvorschrift.

- Eine nicht hinnehmbare Kostensteigerung im **Sozialbereich** ergibt sich nach dem Bundesteilhabegesetz.

Die dadurch verursachten Mehrkosten unterliegen ebenfalls dem Konexitätsprinzip unterliegen und müssen also vom Land getragen werden – so jedenfalls die gesetzliche Regelung.

Entgegen dieser Verpflichtung der zutreffenden Einordnung teilte der Sozialminister mit, es handle sich bei den Mehrkosten in den Jahren 2018 und 2019 nicht um Leistungsausweitungen, die vom Land übernommen werden können.

Eine Begründung hierfür fehlt!

- Der Ministerpräsident hatte zuvor Kostenübernahme versprochen.  
Was gilt jetzt?

Einerseits hat der Ministerpräsident die Übernahme zugesagt, auf der anderen Seite lehnt dies der Sozialminister ab

Verstehen sich die Beiden nicht?

Sprechen die Beiden nicht miteinander?

Was gilt?

- Beim Thema „**Asyl**“ wird die Anschlussunterbringung von einigen Gemeinden m. E. gar nicht oder zuwenig ernst genommen.

Nach dem Ende der vorläufigen Unterbringung teilen die Aufnahmebehörden – also die Landkreise – die in die Anschlussunterbringung einzubindenden Personen den Kreisgemeinden zu.

Diese Zuteilung erfolgt nach dem Bevölkerungsschlüssel.

Und hier liegt das Problem!

Der Landkreis bleibt auf den Kosten sitzen, die er vom Land nach den gesetzlichen Regeln nicht ersetzt bekommt.

Verpflichtet sind die Gemeinden.

Die Kostentragungspflicht der Gemeinden sollte m. E. ernst genommen werden!

Wir können nicht einfach zuschauen, wie sich manche Gemeinden teilweise einen „schlanken Fuß“ machen und ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Wenn sich dieser Zustand nicht ändert, sollte in der Tat an eine Erhöhung der Kreisumlage gedacht werden.

Nur so können die Gemeinden m. E. gezwungen werden, ihrer Verpflichtung auch nachzukommen.

- Die **Personalkosten** steigen erneut ganz erheblich.

Dies liegt u. a. daran, dass neue Gesetze erlassen wurden, die neue Aufgaben zur Folge haben.

Diese Aufgaben müssen von Menschen erledigt werden.

Hier habe ich ein Verständnisproblem!

Wir haben wesentlich weniger Flüchtlinge und Asylsuchende als 2015 und 2016.

M.E. brauchen wir dann auch weniger Personal!

Wie passt das zusammen?

- Ebenso verhält es sich beim sog. **Jobcenter**.

Auch hier sind die Zahlen erheblich zurückgegangen.

- Die FDP spricht sich gegen die Anschaffung eines weiteren **Geschwindigkeitsmessgerätes** aus.

Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, einmal Klarheit zu schaffen, wann und in welchem Umfange, wo welche Geschwindigkeitsmessgeräte angeschafft worden sind.  
Der Normalbürger hat m. E. hier den Überblick verloren!

Ich auch !

- Die FDP-Fraktion begrüßt die Investitionen in die **Bildungseinrichtungen** – insbesondere für das **Bildungszentrum Markdorf**.

Diese sind wichtig für unser Land und unsere Region.

Wir sprechen von der Digitalisierung unseres Lebens – diese hat m. E. noch nicht im notwendigen Umfang in den Schulen Einzug gehalten.

Wir möchten jedoch nicht einfach einen Antrag stellen auf Investitionen in diesem Bereich.

Aus diesem Grunde möchten wir in wissen, wie die Schulen ausgestattet sind und wo das Problem liegen könnte.

Wir wollen erreichen, dass alle Kreisschulen optimal mit IT-Geräten und Leistungen ausgestattet sind.

- Ein großes Problem in diesem Jahr war und ist die **EBC-Karte**. Sie wird uns auch 2018 beschäftigen.

Die FDP möchte, dass die EBC-Karte zum Erfolg wird.

Die großen Erwartungen wurden insgesamt nicht erfüllt, diese sind nicht eingetreten.

Insbesondere haben sich viel zu wenig Gemeinden an der EBC beteiligt.

Dadurch bleibt der Kreis auf einem Großteil der Kosten sitzen.

Um auch hier Klarheit zu bekommen, haben wir einen weiteren Antrag gestellt, um für die Kreisräte in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfang Investitionen getätigt wurden, welche Investitionen möglicherweise nutzlos getätigt worden sind und in welchem Umfang wir eventuell auf nutzlosen Kosten sitzen bleiben.

Wir sollten m. E. im nächsten Jahr entscheiden, ob wir diesen Weg fortsetzen oder ggf. nach dem Vorbild anderer Kartengebiete vorgehen.

- Weitere Investitionen wurden getätigt in den **Flughafen Friedrichshafen**

Die FDP steht zu dieser Infrastruktureinrichtung. Wir möchten, dass der Flughafen FN zum Erfolg wird.

- Die FDP würde es begrüßen, wenn sich der Landkreis für den **Rettungshubschraubereinsatz in der Nacht** stark machen würde. Dies ist eine Frage der Menschlichkeit.

Ich kann nicht verstehen, dass Straftäter in der Nacht von der Polizei mit Hubschrauber verfolgt und gesucht werden können, Menschen jedoch nachts mit einem Hubschrauber nicht gerettet werden dürfen.

- Die FDP hätte sich an den **interfraktionellen** Anträgen beteiligt. Sie wurde jedoch nicht gefragt.

Lag dies möglicherweise an den gescheiterten Jamaika-Sondierungen?

Ich danke allen, die zum Gelingen dieses Haushalts beigetragen haben.

Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, Ihren Mitarbeitern und allen Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich frohe Weihnachten und für 2018 Erfolg, Glück und Gesundheit.

....